



Beschlussvorlage	
- öffentlich -	
242/2019	
Dezernat	Dezernat I
Fachbereich	Personal und Organisation
Datum	18.06.2019

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes

Initiative "Sicherer Hafen"

Anlage(n):

1. Initiative Sicherer Hafen

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Rat	09.07.2019	Beschluss

Beschlussvorschlag:

Die Entscheidung, ob der Rat der Stadt Rheinberg der Initiative „Sicherer Hafen“ beitrifft, wird in der Sitzung getroffen.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt:

- A) Finanzielle Auswirkungen: Ja Nein

Sachdarstellung:

Der Rat der Stadt Moers hat in seiner Sitzung am 10.04.2019 beschlossen, sich der Initiative „Sicherer Hafen“ anzuschließen. Darüber hinaus sollte mit den Städten Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg abgestimmt werden, ob der Wunsch besteht, ein entsprechendes Anschreiben an die Bundeskanzlerin gemeinsam zu unterzeichnen.

Ziel der Initiative ist es, die Seenotrettung von Flüchtlingen im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern.

Das vom Rat der Stadt Moers vorgeschlagene gemeinsame Schreiben nebst einem Begleitschreiben des Moerser Bürgermeisters Christoph Fleischhauer ist als Anlage beigefügt.

Der Bürgermeister

gez. Tatzel

Stadt Kamp-Lintfort Stadt Neukirchen-Vluyn Stadt Rheinberg Stadt Moers

An die Bundeskanzlerin
der Bundesrepublik Deutschland
Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

"Die Würde des Menschen ist unantastbar", so sieht es Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland vor. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Grundlage des Friedens und der Gerechtigkeit in Deutschland sind der Schutz und die Verteidigung der unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte, die in unserem Grundgesetz niedergelegt sind.

Die menschliche Katastrophe im Mittelmeer erreicht erschreckende Ausmaße. Viele Menschen ertrinken auf dem Weg über das Mittelmeer – unter anderem als unmittelbare Folge der Behinderung und Kriminalisierung von privaten Initiativen zur Seenotrettung.

Dies widerspricht dem Grundgesetz und dem Kern der Europäischen Idee und zerstört ihre Basis auf Humanismus, Aufklärung und Menschenrechten.

Unsere Städte können und wollen in Not geratene Geflüchtete aufnehmen – genauso wie unsere Städte und Kommunen in Deutschland es bereits angeboten haben.

Wir wollen ein Signal für Humanität, für das Recht auf Asyl und für die Integration Geflüchteter setzen. Wir stimmen mit Ihnen überein, dass es eine neue europäische Lösung für die Aufnahme, die Asylverfahren sowie die Integration oder die Rückführung von Geflüchteten geben muss.

Bis diese europäische Lösung mit allen Beteiligten vereinbart ist, ist es dringend geboten, die Seenotrettung im Mittelmeer wieder zu ermöglichen und die Aufnahme der geretteten Menschen zu sichern; wir wollen unseren Beitrag dazu leisten.

Christoph Fleischhauer
Bürgermeister
der Stadt Moers

Christoph Landscheidt
Bürgermeister
der Stadt Kamp-Lintfort

Harald Lenßen
Bürgermeister
der Stadt Neukirchen-Vluyn

Frank Tatzel
Bürgermeister
der Stadt Rheinberg

BESCHLUSS

aus der 13. Sitzung
des Rates
am Dienstag, 09.07.2019

Öffentliche Sitzung

18. Initiative "Sicherer Hafen"

242/2019

BB10007

Der Rat der Stadt Rheinberg tritt der Initiative „Sicherer Hafen“ bei. Der Bürgermeister wird ermächtigt, das gemeinsame der Vorlage beigefügte Anschreiben der Städte Moers, Kamp-Lintfort, Neukirchen-Vluyn und Rheinberg zu unterschreiben.

26 Ja-Stimme(n), 15 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en)

Partei	Ja	Nein	Enthaltung	Befangen
B90/Grüne	6	0	0	0
CDU	2	12	1	0
Die Linke	2	0	0	0
FDP	1	0	1	0
SPD	13	0	0	0
H. Hecker	1	0	0	0
H. Knoppek	0	1	0	0
H. Plückelmann	0	1	0	0
H. Schwarzer	0	1	0	0
Bürgermeister	1	0	0	0